

Stenografischer Bericht

54. Sitzung des Landtages Steiermark

XVI. Gesetzgebungsperiode 12. März 2015

Beginn: 09:33 Uhr

Entschuldigt: LTAbg. Detlef Gruber, LTAbg. Ing. Lipp und LTAbg. Tromaier

1. Einl.Zahl 3356/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Verfassung, Dienstrecht, Vereinbarungen und Staatsverträge, Unvereinbarkeit und Immunität

Betreff: *Auflösung des Landtages*

Berichterstattung: LTAbg. Schwarz (9660)

Wortmeldungen: LTAbg. Schwarz (9660), LTAbg. MMag. Eibinger (9663), LTAbg. Amesbauer (9666), LTAbg. Schönleitner (9673), LTAbg. Klimt-Weithaler (9682)

Beschlussfassung: (9689)

Präsident Majcen: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Es findet heute eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden Gesetzgebungsperiode statt. Das ist die 54. Sitzung in dieser XVI. Gesetzgebungsperiode.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves an der Spitze.

Entschuldigt sind Herr LTAbg. Detlef Gruber, Frau LTAbg. Ing. Eva Maria Lipp und Herr LTAbg. Siegfried Tromaier.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen und ich frage, ob gegen die Tagesordnung ein Einwand besteht?

Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, eine ausreichende Anzahl von Abgeordneten (Johannes Schwarz, MMag. Barbara Eibinger, Mag. Ursula Lackner, Franz Majcen, Helga Ahrer, Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa, Renate Bauer, Mag. Dr. Wolfgang Dolesch, Erwin Dirnberger, Bernhard Ederer, Ingrid Gady, Anton Gangl, Erwin Gruber, Maria Fischer, Alexia Getzinger, MAS, Detlef Gruber, Gabriele Kolar, Eduard Hamedl, Gregor Hammerl, Manuela Khom, Hubert Koller, Anton Lang, Ewald Persch, Karl Petinger, Karl Lackner, Hubert Lang, Ing. Eva Maria Lipp, Ing. Josef Ober, Mag. Alexandra Pichler-Jessenko, Martin Weber, Markus Zelisko, Klaus Zenz, Barbara Riener, Dipl.Päd. Waltraud Schwammer, Peter Tschernko, MSc, Dipl.-Ing. Odo Wöhry) haben am 10. März 2015 beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark abzuhalten.

Gemäß Art. 15 Abs. 5 des Landes-Verfassungsgesetzes in Verbindung mit § 40 Abs. 6 GeoLT 2005 ist der Präsident verpflichtet, den Landtag binnen fünf Tagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dies wenigstens ein Fünftel der Mitglieder verlangt.

Dieser Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtages Steiermark, aus diesem Grunde wurde die heutige Sitzung einberufen.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT 2005 über. Ich ersuche dann auch um Wortmeldungen.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Verfassung über den Antrag, Einl.Zahl 3356/1, der Abgeordneten Johannes Schwarz und MMag. Barbara Eibinger betreffend Auflösung des Landtages.

Berichtersteller ist Herr LTAbg. Johannes Schwarz. Ich erteile ihm das Wort zur Berichterstattung.

LTabg. Schwarz (09.36 Uhr): Der Ausschuss "Verfassung" hat in seiner Sitzung vom 10.03.2015 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss "Verfassung, Dienstrecht, Vereinbarungen und Staatsverträge, Unvereinbarkeit und Immunität" stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag Steiermark beschließt gemäß Art. 12 Abs. 2 L-VG 2010 seine Auflösung.
2. Die Steiermärkische Landesregierung wird ersucht, die Landtagswahl gemäß Art. 12 Abs. 4 L-VG 2010 für den 31. Mai 2015 auszuschreiben.
3. Der Landtag Steiermark führt seine bis zum Wahltag geplanten Landtags- und Ausschusssitzungen auch nach seinem Auflösungsbeschluss durch.

Ich ersuche um Zustimmung. (09.37 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für die Berichterstattung, Herr Klubobmann. Du bist auch als Erster zu Wort gemeldet und ich erteile dir das Wort.

LTabg. Schwarz (09.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Politik wird in einem Land dafür gewählt und dazu gewählt, um sich mit den Zukunftsfragen unserer Gesellschaft und unseres Bundeslandes auseinanderzusetzen. Politik wird gewählt, um diese politische Verantwortung wahrzunehmen. SPÖ und ÖVP haben diese Verantwortung in den letzten Jahren, in den letzten fünf Jahren im Rahmen der Reformpartnerschaft, zukunftsweisend wahrgenommen. Wir haben gemeinsam mit den Verantwortlichen auf kommunaler Ebene, gemeinsam mit den Verantwortlichen auch in der Landesverwaltung, wir haben gemeinsam mit allen dieses Land zukunftsfit gemacht. Nach fünf Jahren kann aus meiner Sicht eindrucksvoll Bilanz gezogen werden. Was hat sich verändert? Wir haben in der Politik, in unserem ureigensten Bereich, Veränderungen durchgeführt. Wir haben den Proporz abgeschafft. Wir haben den Landtag verkleinert. Wir haben die Landesregierung verkleinert und wir haben im Bereich der Parteienförderungen Kürzungen durchgeführt. Also wir sind, wenn ich das so sagen darf, mit gutem Beispiel vorangegangen, indem wir in unserem ureigensten Bereich, im Bereich der Landespolitik, gezeigt haben, dass es uns mit den Reformen und den Änderungen ernst ist. Wir haben die Haushaltsreform umgesetzt. Wir haben eine „doppische Buchführung eingeführt. Wir haben eine mittelfristige Budgetplanung auf den Weg gebracht. Wir haben das erste Mal messbare

Wirkungsziele im Landeshaushalt verankert, so dass jeder und jede in diesem Land nachvollziehen kann, ob dieser Landtag, ob diese Landesregierung ihrer Verantwortung nachkommt und die Ziele, die sich die Reformpartnerschaft vor allem in diesem Land gesetzt hat, auch umsetzt. Und wir haben, und das, denke ich, ist einer der wichtigsten Punkte, das Budget zukunftsfit gemacht. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Das erste Mal seit vielen Jahrzehnten in diesem Land gibt es keine Neuverschuldung mehr im Jahr 2015. Und, das kommt heutzutage auch nicht so oft vor, wir haben mit dem Schuldenabbau begonnen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ein weiterer wichtiger Bereich – Verwaltung: Die Reformpartnerschaft hat sich die Reorganisation der Bezirke vorgenommen, von 16 auf 12 Bezirke, und dies auch umgesetzt. Es kam zu einer Reorganisation des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, was bedeutet: Die Landesverwaltung wurde in den letzten Jahren effizienter gemacht. Wir haben Strukturen und Organisationseinheiten besser aufgestellt, wir haben Hierarchien verflacht und wir haben die Aufbau- und Ablauforganisation verbessert. Und, ein ganz wichtiger Punkt, wir haben auch im Bereich der Gemeinden eine Strukturreform umgesetzt. *(LTAvg. Amesbauer, BA: „Und die Demokratie abgeschafft!“)* Im Jahr 2010 waren es 542 Gemeinden, im Jahr 2015 sind es 287 Gemeinden. Wir haben damit, und das möchte ich sagen, die Gemeinden für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zukunftsfit gemacht und das ist ein wichtiger Schritt. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP - LTAvg. Amesbauer, BA: „Und das war demokratisch?“)* Herr Kollege Amesbauer, nur ein Satz dazu: Lesen Sie die Urteile des Verfassungsgerichtshofes, dann werden Sie klüger. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP - LTAvg. Amesbauer, BA: „Das ist ein Darüberfahren!“)* Die Reformpartnerschaft hat in diesen fünf Jahren nicht nur von Politik in neuer Form gesprochen, nein, wir haben diese Politik gelebt. Nicht Parteipolitik, nicht parteipolitische Interessen, sondern die Interessen des Landes, die Überlegungen, wie die Zukunft dieses Landes bestmöglich gestaltet werden kann, diese Interessen und dieses Land stand im Mittelpunkt unserer Politik. Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, den Reformpartnern in der Landesregierung, aber auch allen Abgeordneten in der Reformpartnerschaft dafür zu danken, dass wir gemeinsam diesen oft schwierigen, auch oft kontroversiellen Prozess, Diskussionsprozess, Beschlussprozess in großer freundschaftlicher Harmonie und gutem Austausch und mit besten Ergebnissen gemeinsam in den letzten fünf Jahren gelebt haben. Herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe es bereits versucht stichwortartig aufzuzählen. Wir haben in den letzten fünf Jahren viel für dieses Land geschafft, aber es ist

noch viel zu tun. Es gilt nämlich in den nächsten Jahren die neu gewonnenen Handlungsspielräume und neu geschaffenen Strukturen zu nutzen. Zu nutzen dafür, die Wertschöpfung in unserem Land zu steigern, Jobs, Arbeitsplätze zu halten und auszubauen und uns auch mit der wichtigen Frage der Abwanderung und der Regionalentwicklung auseinanderzusetzen. Wir haben vieles geschafft, aber diese Bereiche werden für die Zukunft dieses Landes auch in den nächsten fünf Jahren essenziell sein, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Deshalb, weil es wichtig ist sich mit den Fragen Forschung, Bildung, Arbeitsplätze, regionale Entwicklung, aber auch Armutsbekämpfung auseinanderzusetzen und hier politische Konzepte weiterzuentwickeln, weil das so wichtig ist, kann sich die Steiermark einen politischen Stillstand nicht leisten. Kann sich die Steiermark eine monatelange Wahlauseinandersetzung nicht leisten. Dieses Land braucht rasch wieder eine handlungsfähige Regierung, *(LTabg. Amesbauer, BA: „Das heißt, diese Regierung ist jetzt nicht handlungsfähig!“)* dieses Land braucht rasch wieder Politik, die wie in den letzten fünf Jahren die Verantwortung wieder aufnimmt, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Aus diesem Grund haben wir uns für den frühestmöglichen Wahltermin entschieden und ersuchen die Landesregierung, den Wahltag mit dem 31. Mai 2015 festzulegen. Während dieser Zeit, weil Kollege Amesbauer das auch dazwischen gerufen hat, findet die Arbeit in der Landesregierung wie bisher statt, findet die Arbeit im Landtag wie bisher statt, findet die Arbeit in den Ausschüssen wie bisher statt. Also dieses Land wird weiter, so wie es in den letzten Jahren der Fall war, von dieser Reformpartnerschaft auch in den Monaten bis zur Wahl in eine gute Zukunft geführt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Politik in neuer Form heißt also auch: Ein kurzer Wahlkampf, ein billiger Wahlkampf und auch ein Wahlkampf, wo es nicht um persönliche Untergriffe geht, sondern wo es darum geht, einen Wettbewerb der besseren Ideen durchzuführen. *(LTabg. Amesbauer, BA: „Da schaut es schlecht aus für euch!“)* Wir wollen keinen Stillstand, wir wollen kein Budgetprovisorium, wir wollen zügig weiterarbeiten, meine Damen und Herren. Und wir wollen, das darf ich von dieser Stelle auch sagen, diesen erfolgreichen Weg, diesen neuen Weg der politischen Kultur in den nächsten fünf Jahren fortsetzen. Ich und wir gemeinsam sind voller Zuversicht, dass wir diesbezüglich, auch von den Wählerinnen und Wählern, von den Bürgern dieses Landes bestärkt werden. Wir wollen den weiß-grünen Weg erfolgreich fortsetzen. In diesem Sinne ein steirisches Glückauf. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP - 09.46 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Die nächste Rednerin, die zu Wort gemeldet ist, ist Frau Klubobfrau MMag. Barbara Eibinger. Frau Klubobfrau, bitte.

LTAbg. MMag. Eibinger (09.47 Uhr): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Landeshauptleute, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Zuschauerbank und auch im Internet!

Kollege Klubobmann Schwarz hat bereits sehr ausführlich jetzt Bilanz über die vergangenen 4 ½ Jahre gezogen, die von der Reformpartnerschaft gestaltet worden sind, und wir werden heute also auf Vorschlag von SPÖ und ÖVP hin den Landtag Steiermark auflösen und die Landesregierung auffordern die Wahl für den 31. Mai 2015 auszuschreiben. Ich freue mich auch als Vorsitzende des Verfassungsausschusses, dass vier von fünf Parteien, also alle Abgeordneten bis auf die beiden Abgeordneten der KPÖ, diesem, unserem Antrag bereits zugestimmt haben. Das ist deswegen so erfreulich, weil wir nämlich durch diesen vorgezogenen Wahltermin wertvolle Zeit gewinnen. Wir gewinnen wertvolle Zeit, die wir für die Arbeit, für die Steiermark aufwenden und verwenden können, anstatt dass wir, wie sonst üblich, von Juli bis Oktober in einen Wahlkampfmodus übergehen und so eine Zeit des Stillstandes haben. Stattdessen wird eben möglich sein, dass wir noch vor dem Sommer den neuen Landtag konstituieren, dass wir ohne Budgetprovisorium auskommen und dass wir zügig im Herbst wieder neu in der nächsten Gesetzgebungsperiode mit Volldampf durchstarten können. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich meine, das ist auch gut so! Wir haben nämlich keine Zeit für Stillstand. Die Menschen in der Steiermark erwarten sich zu Recht von uns, dass wir für das Land arbeiten und dass wir gute Arbeit verrichten. Deswegen ist es auch so wesentlich, dass wir in unserem Antrag beschlossen haben, dass die Arbeit hier im Haus völlig normal nach dem vorgesehenen Terminplan weiterläuft, dass alle Unterausschusssitzungen, Ausschusssitzungen und auch Landtagssitzungen wie geplant stattfinden. Wir wissen sehr wohl, in Richtung Opposition, dass das eine gewisse Gefahr bedeutet, dass diese zwei Sitzungen noch für Wahlkampf missbraucht werden. *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Missbraucht!“ - LTAbg. Samt: „So etwas kommt euch gar nicht in den Sinn!“)* Ich erinnere an die Sitzung von Dienstag, wir haben hier schon einen Vorgeschmack bekommen, in welchem Wahlkampfmodus die Parteien der Opposition bereits getreten sind. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ - LTAbg. Schönleitner: „Ihr macht den Wahlkampf!“)* Ich merke hier schon eine gewisse Unruhe bei der Opposition und deswegen möchte ich auch explizit einen Appell an Sie richten: Arbeiten mit uns konstruktiv weiter bis zum Termin der

Landtagswahl. Die Steirerinnen und Steirer haben sich das verdient. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Denn, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, eines kann man uns von der Reformpartnerschaft nicht unterstellen, egal ob man jetzt mit unserer Arbeit zufrieden ist, vielleicht nur teilweise zufrieden ist oder nicht zufrieden ist, eines können Sie uns nicht unterstellen und das ist die Untätigkeit. Wir haben nämlich in den vergangenen Jahren ordentlich und intensiv für das Land gearbeitet. Wir haben das Land neu geordnet und aufgestellt und die Weichen gestellt, damit man die Steiermark für die nächsten Jahre gut aufstellen und nach vorne bringen. Wir haben Reformen umgesetzt, Kollege Schwarz hat sie schon angeführt, wir haben den Haushalt konsolidiert – sprich, das Budget in Ordnung gebracht - und alle Bereiche, wenn ich nur die größten Brocken jetzt nennen darf, in der Verwaltung, im Spitalsbereich, im Schulbereich und auch bei den Bezirken und Gemeinden uns vorgenommen, um sie für die nächsten Jahre und Jahrzehnte gut aufzustellen. Ich habe es bei meiner Budgetrede schon gesagt und möchte es heute wiederholen: Für mich war das auch eine Art Wertewandel und zwar ein Wertewandel dahingehend, (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Weg von der Demokratie!“*) dass wir ... - Kollege Amesbauer, ich freue mich schon auf deine Wortmeldung - (*Landesrat Mag. Drexler: „Unerhört, was da dazwischen geredet wird, das muss man einmal sagen. Das ist ja ein Wahnsinn!“*) Ich darf zurückkommen auf den Wertewandel, der mir persönlich und meiner Fraktion sehr viel bedeutet. Wir haben nämlich einen Wertewandel dahin vollzogen, dass wir eben nicht auf den nächsten Wahltermin, der jetzt kurz bevorsteht, hinschielen, sondern dass wir für die nächsten Generationen und nachhaltig für das Land arbeiten wollen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Natürlich wäre es leichter und angenehmer gewesen, wenn wir populistische Maßnahmen gesetzt hätten oder wenn wir weiterhin Geld verteilt hätten, was wir gar nicht haben im Übrigen. Genau deswegen bedanke ich mich auch bei den Abgeordneten der Reformpartnerschaft, dass sie in den letzten Jahren die Reformen mitgetragen haben. Dass sie immer den Blick auch auf das Ganze behalten haben, selbst wenn es im einen oder anderen Fall sehr schwer war die Entscheidungen zuhause im Wahlkreis oder eben im eigenen Bereich zu erklären. Und, Kollege Schwarz hat es auch angesprochen, wir haben eine neue Form der Zusammenarbeit gefunden. Wir haben durchaus hart verhandelt, mit Kollege Schwarz kann ich gut hart verhandeln, wir sind aber im Endeffekt immer gemeinsam zum Ergebnis gestanden und sind gemeinsam nach außen gegangen und haben es nicht, wie es etwa auf Bundesebene üblich ist, und die Medien mögen es mir verzeihen, wir haben unsere Verhandlungspositionen nicht über die Presse uns gegenseitig ausgerichtet. Und nur durch Mittragen und gemeinsam zu diesem

Ergebnis zu stehen konnten wir überhaupt erst diesen Weg einschlagen und diese wichtigen Reformen umsetzen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Wenn auch jetzt schon wieder diese Zwischenrufe kommen (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Ich habe jetzt nichts gesagt!“*) und die Opposition die Arbeit madig machen möchte, dann möchte ich schon auch Bilanz ziehen über die Arbeit, die wir hier im Landtag geleistet haben. So schlecht kann die nicht sein, denn Sie werden das jetzt gleich an den folgenden Zahlen sehen. Wir haben uns die Mühe gemacht und haben uns die Beschlussstatistik dieser Gesetzgebungsperiode angesehen. (*Heiterkeit bei den Grünen*) Sie werden es nicht glauben - die Grünen lachen schon. (*LTAbg. Lechner-Sonnek: „Weil die anderen alle abgelehnt wurden!“ - LTAbg. Schönleitner: „Spannend!“*) Wenn es so spannend ist, dann bitte gut zuhören. Wir haben in dieser Periode 40 % aller Beschlüsse in diesem Haus einstimmig gefasst. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ - LTAbg. Amesbauer, BA: „Das ist ja eh nicht viel!“*) Ich bin noch nicht fertig, Kollege Amesbauer. 40 % einstimmig und sage und schreibe 85 % aller Beschlüsse, die von mindestens einer oder allen Oppositionsparteien unterstützt worden sind. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ - LTAbg. Amesbauer, BA: „Ich glaube, da ist ein Rechenfehler drinnen!“*) Da ist kein Rechenfehler, von 85 sind 40 von allen unterstützt worden und die Differenz von einer oder mehreren. Ich frage mich, wer da zum Nachrechnen hat. (*LTAbg. Samt: „Man kann alles schönreden, Frau Kollegin!“*) Aber ich will Sie nicht verwirren mit den Zahlen. Schauen Sie, am Ende bleibt folgende Zahl übrig: Es sind lediglich 15 % die nur „von den beiden großen Parteien“ getragen wurden. Lediglich 15 % und überwältigende 85 % haben die Zustimmung auch von der Opposition gefunden. (*Heiterkeit bei den Grünen - LTAbg. Schönleitner: „Das ist eine Darstellung!“*) Das heißt, ich denke diese Zahlen sprechen für sich und das sind auch Beschlüsse, auf denen wir sehr gut aufbauen können für die nächste Periode. Kollege Schönleitner, ich hoffe, dass du dich für deinen Klub noch melden wirst, weil, wenn du jetzt immer zwischenrufst, versteht kein Mensch ein Wort. (*LTAbg. Schönleitner: „Ein peinlicher Vergleich!“*) So viel zur Bilanz.

Ich möchte aber auch den Blick in die Zukunft richten. Den Blick in die Zukunft und sowohl SPÖ als auch die ÖVP und die übrigen Parteien werden sich beim Wähler wieder um das Vertrauen bewerben. Wir werden mit Zukunftsideen antreten und die großen Bereiche liegen am Tisch. Ja, wir haben eine schwierige wirtschaftliche Situation. Hier werden wir es schaffen müssen ein wirtschaftsfreundliches Klima wieder in die Steiermark zu bringen, ein investitionsfreundliches Klima. Es wird ganz stark um die Regionen gehen. Die Stärkung der Regionen, um gleichzeitig auch den Zentralraum zu entlasten. Der ÖVP-Klub hat hier bereits

mit „Land.Raum.Zukunft“ ein umfassendes Arbeitspapier vorgelegt und für uns ist die Richtung klar, wohin es gehen soll. Schließlich wird Bildung, Forschung und Entwicklung der Bereich sein, um die Steiermark auch in eine gute Zukunft zu führen. Wir wollen es sachlich machen. Wir wollen keine Materialschlachten und wir wollen dieses gegenseitige „Anpatzen“, wie es in der Vergangenheit oft passiert ist und auch jetzt noch passiert, vermeiden. Daher möchte ich auch zum Abschluss meiner Rede noch einmal einen Appell an die Oppositionsparteien richten: Arbeiten Sie hier im Haus mit uns gemeinsam konstruktiv bis zum Ende dieser Gesetzgebungsperiode weiter. Unsere Aufgabe ist und wir wurden gewählt, um für das Land zu arbeiten und zwar bis zum Ende dieser Gesetzgebungsperiode. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ - 09.57 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke auch für diese Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Hannes Amesbauer, BA. Herr Abgeordneter Amesbauer, bitte an das Rednerpult.

LTAbg. Amesbauer, BA (09.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Zuseher, die via Livestream die heutige Sitzung mitverfolgen!

Die aktuelle Legislaturperiode endet genauso, wie sie begonnen hat, mit einer realitätsfernen, selbtherrlichen Abgehobenheit der selbsternannten Reformpartnerschaft. Man hat das ja schon gesehen, als der vorverlegte Landtagswahltermin von der Regierungsspitze bekannt gegeben wurde, als sich der Landeshauptmann und sein Beiwagerl, sein Stellvertreter, hinstellten und *(LTAbg. Schwarz: „Hallo?“)* erklärten, sie machen in jedem Falle weiter. Also wenn man das richtig versteht: Egal, wie die Wahl ausgeht, wie viel sie verlieren – sofern sie eine Mehrheit noch haben – werden sie in dieser Konstellation weitermachen und auch der derzeit amtierende Landeshauptmann der Steiermark, um einmal den Herrn Landesrat Drexler zu zitieren, hat ja auch gesagt, er würde auch als Zweiter weitermachen. Der Herr Schützenhöfer hat sich ja damit abgefunden in der Rolle des ewigen Zweiten zu sein und das auch für die ÖVP so sicher zu stellen. Also, das ist eine Art und Weise der Politik der Abgehobenheit und der Selbtherrlichkeit, die die Steirer einfach satt haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich habe das schon mehrmals hier angeführt, es ist ja beeindruckend, wenn Ihre Klubobleute hier am Rednerpult stehen und wenn der große und langanhaltende und laute Applaus hier im Haus ist, aber ich sage es euch

immer wieder: Da herinnen im Haus habt Ihr jetzt noch die Klatscher, draußen bei den Menschen habt Ihr die Zustimmung schon längst verloren. (LTAbg. Hamedl: „Lieber Freund, die Wähler entscheiden und nicht die Abgeordneten.“ – Beifall bei der FPÖ)

Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, und im Zuge meiner Wortmeldung ein bisschen die Reformpartnerschaft, die selbsternannte, die Einheitsparteiregierung ein bisschen Revue passieren lassen – Ihre Heldentaten, die Sie ja immer anführen. Die Ausgangslage im Jahr 2010 war, dass zwei vollständig zerstrittene Parteien, nämlich die SPÖ und ÖVP, einen Schuldenberg hinterlassen haben. Jahrelang haben sich diese beiden Parteien in der Regierung, damals hat es ja diese Koalition noch nicht gegeben, in der Proporzregierung damit übertrumpft, Großprojekte zu machen, sich gegenseitig zu überbieten und einen riesigen Schuldenberg zu hinterlassen. Damals haben schon Herr Schützenhöfer und Herr Voves gesagt, es kann kein Miteinander geben nach der Wahl, es kann keine Gemeinsamkeit mehr geben. Man sieht, nach der Wahl ändern sich die Dinge jetzt, schreiten sie Hand in Hand durchs Steirerland als Reformzwillinge, die beiden Herrschaften, und sind die besten Freunde. Nichts gegen Ihre persönliche Männerfreundschaft, das bin ich Ihnen sehr vergönnt, aber für das Land war die Partnerschaft dann doch nicht so ideal, wie Sie das gerne darstellen. Beginnen wir einmal mit der Gesundheitspolitik in der Steiermark. Ich möchte einzelne Punkte, es gibt ja viel zu sagen, das geht sich in der Redezeit leider nicht alles aus, aber es gibt einzelne Punkte, die man wieder in die Erinnerung rufen muss in der Bevölkerung und auch in die Erinnerung der Abgeordneten, weil man vergisst ja relativ schnell in so einer Periode. Beginnen wir mit der Gesundheitspolitik. Da möchte ich ein Beispiel aus meinem Bezirk bringen – Chirurgie, Mürzzuschlag, Sie können sich erinnern: Jahrelanges Gezerre um die Schließung der Station. Der damals am Werk sich befindende ehemalige Landesrat Helmut Hirt, der jetzt auch einen Spitzenposten im Landesdienst hat, der damals massiv von der ÖVP, vor allem von Klubobmann Drexler, kritisiert wurde. Eine Demonstration, die von der FPÖ – damals gar nicht im Landtag vorhanden – in Mürzzuschlag mit 400 Teilnehmern abgehalten wurde. Dr. Murgg war auch dabei, es war auch der damalige ÖVP-Abgeordnete Sepp Straßberger dabei und hat das unterstützt, und Herr Drexler, in seiner Funktion als Klubobmann, hat hier in diesem Haus, wir waren als Zuseher dabei, Brandreden gegen die verantwortungslose Gesundheitspolitik der SPÖ geschwungen. Letztendlich ist dann damals ein Antrag der KPÖ mit Unterstützung der gesamten ÖVP und des Herrn Grünen, Schönleitner, angenommen worden, der vorgesehen hat, die Chirurgie im vollen Umfang aufrecht zu lassen. Der Landeshauptmann der Steiermark, Franz Voves, hat versprochen, dass

dieser Beschluss Gültigkeit hat. Dann waren die Landtagwahlen. Nach der Landtagswahl kam die glorreiche Reformpartnerschaft und dann wusste man von diesem Beschluss nichts. Auch die ÖVP hat nicht verhindern können und nicht verhindern wollen, dass eben diese wichtige Abteilung aufrechterhalten bleibt. Also das war innerhalb von wenigen Monaten das erste Wahlversprechen, das gebrochen wurde und man muss das sagen. Denn Sie spielen auf Zeit und Sie rechnen damit, dass die Menschen das vergessen. Aber ich sage Ihnen eines, die Menschen in der Region vergessen das nicht. So einfach stehen Sie sich nicht aus der Verantwortung. (*Landesrat Mag. Drexler: „Schauen Sie einmal, was in Mürzzuschlag entsteht. Ein tolles Zentrum.“*) Wenn man in der Gesundheit ... – ja, weiß ich eh, Herr Landesrat; ja, aber ohne Chirurgie. (*Landesrat Mag. Drexler: „Hören Sie einmal zu und reden Sie nicht ständig nur dagegen. Reden Sie nicht alles in Grund und Boden, tut einmal für das Land etwas und nicht immer nur hunderte Anträge stellen.“ – Beifall bei ÖVP und SPÖ*) Herr Landesrat, ich sage Ihnen noch etwas, wenn wir schon beim Gesundheitsbereich und ach so tollem Zentrum, das da angeblich entstehen soll, sind, weil wir wissen, wohin das führt: In Wahrheit führt das dahin, dieses Pflegezentrum, gegen das wir nichts haben, aber der Beschluss hat gelautet, die REM-Station zu erweitern, auszubauen, um die Chirurgie aufrecht zu erhalten. Der nächste Schritt, der kommen wird, und die Anzeichen mehren sich, es wird auch die interne Abteilung dem Sparstift in der nächsten Periode vermutlich zum Opfer fallen. Schauen wir weiter, was ist allein nur in diesem Bezirk passiert? Die Geburtstation in Bruck wurde geschlossen. Das LKH in Mariazell wurde niedergefahren. Da nickt er, der Landesrat, es wurde niedergefahren. Das ist im Prinzip eigentlich de facto kein Landeskrankenhaus mehr, das den Namen nur verdient. Wir haben es in vielen Regionen der Steiermark mit einer katastrophalen Versorgung in Bezug auf das Notarztsystem zu tun. Das darf man nicht verleugnen, Herr Landesrat. An eine Sache erinnere ich Sie auch alle, im Zusammenhang mit der Gesundheits- und Pflegepolitik, der unsägliche Pflegeregress; der unsägliche Pflegeregress, den Sie vor der letzten Landtagswahl abgeschafft haben, um ihn dann wieder einzuführen. Jahrelang haben Sie diesen Pflegeregress – diese ungerechte und familienfeindliche Kindersteuer, nichts anderes ist das nämlich gewesen –verteidigt hier, als einziges Bundesland in Österreich. Dann auf großen Druck der Opposition, natürlich auch der FPÖ (*LTabg. Klimt-Weithaler: „Und die FPÖ hat beim Antrag dagegen gestimmt. Das muss man auch einmal sagen.“*) – die FPÖ hat gegen den Regress kampagnisiert, wir haben Unterschriften gesammelt und wir haben immer wieder Dringliche Anfragen in diesem Haus gestellt und letztendlich, sehr geehrte Damen und Herren, ist es auf Druck der Bevölkerung

gelingen, auf Druck der Medien auch, denen muss man an dieser Stelle, ist ja nicht immer so, aber an dieser Stelle Dank zollen und natürlich der Druck aus Ihren eigenen Reihen, den Sie nicht mehr ausgehalten haben. (*Beifall bei der FPÖ*) Sie haben den Regress nicht abgeschafft, weil Sie inhaltlich eingesehen haben, dass die Maßnahme sozial- und familienpolitisch nicht mehr zu vertreten war. Sie haben ihn abgeschafft, weil Ihnen „das Wasser bis zum Hals gestanden ist“ und weil Sie „mit diesem Klotz am Bein“ nicht in die Wahl gehen wollten.

Gut, was wurde noch versprochen? Keine Kürzungen im Sozialbereich. Das erste Doppelbudget, das „Minus-25 %-Budget“ hat massive Kürzungen im Sozialbereich mit sich gebracht und massive Reduzierungen bei den Leistungen für Behinderte. Kollege Zenz, du weißt das, du wolltest ja eigentlich dagegen stimmen. Hast gesagt, du wirst deinen Protest sehr sichtbar machen, warst aber dann bei der Abstimmung am Klo. Beispiellose Ausdünnung des ländlichen Raumes. Ein weiterer wichtiger Punkt. In den Sonntagsreden der Abgeordneten von SPÖ und ÖVP hören wir bei jedem Feuerwehrfest, bei jedem Blasmusikfest, wie wichtig die Stärkung des ländlichen Raumes ist. Auch Herr Schützenhöfer hat das ja jetzt bei seinen drei Punkten, die er vorgegeben hat für die Wahl, als wichtigen Punkt hervorgegriffen: Die Stärkung des ländlichen Raumes. Es passiert leider das Gegenteil. Stück für Stück, wie bei einer Salamitaktik, entziehen Sie den Menschen im ländlichen Gebiet, im ländlichen Raum, die Lebensgrundlage, die Infrastruktur und fördern so die Abwanderung, sehr geehrte Damen und Herren. Also wenn man sich die Schließung von Schulen anschaut; ich habe das immer wieder gesagt: Wer den ländlichen Raum erhalten will und stärken will, schließt keine Schulen, sehr geehrte Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Die Schließung von Spitalsabteilungen, habe ich bereits angesprochen, die Schließung von unzähligen Polizeiinspektionen, wo Sie bei der Bundesregierung nicht entgegenwirken konnten, obwohl Sie beide natürlich in den Bundespartei vorständen ihrer jeweiligen Partei sitzen, auch wenn Herr Voves momentan nicht hingeht. Herr Schützenhöfer hat 300 zusätzliche Polizisten für die Steiermark versprochen, als Tourismusreferent, war immer klar, dass er das nicht einhalten kann, war ein Wahl-Gag. Sie lassen es zu und haben nichts dagegen getan, haben Anträge abgelehnt von uns, z.B. die Frau Maria Schiffer, Vizebürgermeisterin von Spittal am Semmering, die in Spittal am Semmering Unterschriften gegen die Schließung des Polizeipostens sammelt und dann zwei Tage später im Landtag dem Antrag zur Aufrechterhaltung des Postens die Zustimmung verweigert. Also das ist die Art und Weise, wie Sie, sehr geehrte Damen und Herren, Politik betreiben und das wird sich rächen, weil das nimmt euch keiner mehr ab. (*Beifall bei der FPÖ*) Kollege Klubobmann

Schwarz, der jetzt nicht anwesend ist, (*LTA*bg. Schwarz: „*Doch.*“) hat in seiner Rede – gut – die Gemeindestrukturreform erwähnt und als besonders positiv dargestellt. Da möchte ich Ihnen aber nur auch noch eines sagen: Sie haben die Demokratie mit Füßen getreten. (*LTA*bg. Dipl.-Ing. Wöhry: „*Geh, hör auf.*“) Sie haben Gemeinden fusioniert, und das weißt du Kollege Wöhry, wo 97%, wenn ich die Gemeinde Ganz hernehme, für die Eigenständigkeit gestimmt haben – gegen die Fusion, (*LTA*bg. Schwarz: „*Verfassungsgerecht. Ich habe es Ihnen schon erklärt, Sie verstehen es nicht, was soll ich machen. Was wollen Sie jetzt?*“) und Sie sind drübergefahren, Sie haben den eigenen Bürgermeistern keine Termine gegeben. Kollege Schwarz, der Verfassungsgerichtshof hat die rechtliche Zulässigkeit beurteilt, das hat aber nichts mit der Demokratie zu tun. (*Heiterkeit bei der SPÖ und ÖVP*) Dafür sind wir hier in diesem Haus hier verantwortlich. Mit der demokratischen Qualität – (*Unruhe bei der SPÖ und ÖVP – lautes Durcheinanderrufen der Abgeordneten*) – es ist rechtlich in Ordnung, es ändert aber nichts an der Tatsache, dass Sie als Gesetzgeber im Land Steiermark die direkte Demokratie mit Füßen getreten haben. Das ist eine Politik des Drüberfahrens (*Beifall bei der FPÖ*) mit der rot/schwarzen-Dampfwalze, die die Menschen nicht wollen. Sie werden es am 22.März sehen, Sie werden hier die erste Rechnung präsentiert bekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*LTA*bg. Schwarz: „*Den Satz müssen Sie sich einrahmen. Was haben Sie studiert?*“) Mehr als Sie, Herr Kollege. Gut, die Zwangsfusionen sind in den Köpfen der Menschen. Die FPÖ hat sich Fusionen nie verweigert, und das wissen Sie, das haben wir auch immer ausgeführt, wenn sie Sinn machen, wenn sie nachhaltig sind, wenn sie transparent erklärt werden, wenn eine Kosten-Nutzen-Rechnung, eine genaue Analyse auf den Tisch gelegt wird, Zahlen, Daten, Fakten aufbereitet wurden. Das ist nicht passiert. (*LTA*bg. Schwarz: „*Nach dem Verfassungsgerichtshof können Sie ihre Rede beenden. Hören Sie auf. Was soll das. Es macht keinen Sinn.*“) Wenn Informationen – jetzt beruhigen Sie sich einmal, Herr Kollege Schwarz, (*LTA*bg. Schwarz: „*Es macht einfach keinen Sinn, hören Sie auf.*“) das ist ja ein Wahnsinn, passen Sie auf ihren Blutdruck auf, das ist ungesund was Sie machen. (*LTA*bg. Schwarz: „*Sie verstehen die Verfassung nicht.*“) Ich verstehe die Verfassung sehr wohl, aber Sie verstehen die Demokratie nicht, Herr Kollege. (*Beifall bei der FPÖ*) Es wird Ihnen nichts helfen, wie gesagt, Sie haben den Applaus hier, Sie können dazwischenrufen, aber es wird Ihnen draußen nichts helfen. Wie gesagt, (*LTA*bg. Karl Lackner: „*Du machst die gute Zeit nur schlecht.*“) wir haben gesagt, wir verschließen uns sinnvollen Reformen nicht, aber eine Reform ist kein Drüberfahren und ist kein Zusperrern, meine Damen und Herren. Das sollen Sie endlich begreifen. Da können Sie pöbeln und „zwischenrufen“ wie Sie wollen.

Nächster Punkt, das nach wie vor ungelöste Bettelproblem in der Steiermark. Wir haben die Situation, dass der Landtag Steiermark mit großer Mehrheit – jetzt redet sich der Kollege Schwarz sicher wieder auf den Verfassungsgerichtshof hinaus – ein Bettelverbot in der Steiermark beschlossen wird. Dann kommt eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, die ich im Übrigen nicht teile, nicht nachvollziehen kann (*LTA*bg. Schwarz: „*Das wundert uns jetzt aber.*“), und es wird mir auch unbenommen sein, dass man in einer Demokratie auch seine Meinung zu Urteilen haben darf. Es ist unerhört, natürlich, denn der Amesbauer nimmt sich das trotzdem heraus. (*LTA*bg. Schwarz: „*Sie als Verfassungsjurist sind der Meinung, das ist falsch?*“) Ich bin der Meinung, ja, das ist falsch, das steht mir auch zu, diese Meinung zu vertreten. Selbstverständlich wird diese Erkenntnis des Unabhängigen Gerichtes akzeptiert, das steht völlig außer Frage, nur wäre es jetzt die Aufgabe dieses Hauses als Landesgesetzgeber eine verfassungskonforme Regelung zu finden. Sie wissen, dass das möglich wäre. Es gäbe die Möglichkeit einerseits eines Sektoralbettelverbotes. Wenn man das Betteln z. B. in der Innenstadt, in den Hot Spots, wenn man so will, in den stark frequentierten Straßen in Graz verbieten würde, wäre das Bettelproblem im Großteil der Innenstadt gelöst und es wäre verfassungskonform. Eine weitere Möglichkeit wäre eine zeitliche Einschränkung. Alles beantragt worden von der Freiheitlichen Partei, alles von Ihnen abgelehnt worden, obwohl Sie selbst dieses Gesetz wollten. Also da stellen wir uns schon die Frage, wie kann man ein Gesetz mit großer Mehrheit beschließen – SPÖ und ÖVP haben ja das gemeinsam mit uns beschlossen – und dann sich verweigern, den Kopf in den Sand stecken und sagen, der Verfassungsgerichtshof habe gesprochen, aber sich nicht zu bemühen eine Regelung zu treffen, die auch vor dem VfGH hält. Das versteht kein Mensch, sehr geehrte Damen und Herren. Gehen Sie einmal durch die Herrengasse, in der ehemaligen Kulturhauptstadt Graz. (*LTA*bg. Hamedl: „*Schön ist das, nicht?*“) Sehr schön ist das, wenn man an jeder zweiten Straßenecke von einem bettelnden Zigeuner belästigt wird in diesem Land, lieber Edi.

Gut, Asylchaos – ist ein Dauerthema in diesem Land: Es ist deswegen ein Dauerthema, weil Sie dieses Chaos zu verantworten zu haben, weil Sie nicht bereit sind dieses Asylchaos in diesem Land zu lösen. Weil Sie es zulassen, dass private Betreiber Millionen mit der Unterbringung von Asylwerbern unter dem Deckmäntelchen der Humanität scheffeln und somit dieses Geschäft weiterfruchtet – im ländlichen Raum vor allem, wo die Infrastruktur immer mehr zurückgeht, die Asylheime wie die Schwammerl aus dem Boden schießen und sich die Menschen bereichern. Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sind nicht bereit, auf

Bundesebene sich endlich für eine ordentliche und richtige und konsequente Asylpolitik einzusetzen. Wo wir Schutz und Hilfe jenen zukommen lassen, die es wirklich auf Grund ihrer Verfolgung in den Heimatländern brauchen, auf Grund der Genfer Flüchtlingskonvention und auf Grund der Einhaltung auch der Dubliner-Verträge, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie machen die Grenzen auf wie Scheunentore, lassen jede und jeden herein (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Was reden Sie denn daher?“*) und, sehr geehrte Kollegin, die Aufregung, die ändert die Tatsachen nicht, die ändert die Fakten nicht, das wissen wir schon, dass Sie ihre Linkslinke Willkommenspolitik, diese Multikulti-Gesellschaft, die ja nachgewiesener Maßen gescheitert ist auch von Seiten der ÖVP (*LTabg. Schwarz: „Gibt es auch eine andere Platte bei Ihnen oder?“*), unterstützen. Weil, die ÖVP ist ja schon lange keine wertkonservative Partei mehr, das wissen Sie. (*Beifall bei der FPÖ*) Die ÖVP hat gar keine Werte, die ÖVP hat weder Werte in der Familienpolitik noch in der Sozialpolitik und die Bezeichnung „konservativ“ können Sie aus ihrem Wortschatz eigentlich streichen. Gut, aber die Wähler wissen das und wir sehen das auch von bürgerlicher Seite immer mehr, dass die Menschen zur FPÖ stehen, dass die Menschen mit Ihrer Art und Weise der Politik, mit Ihrer Anbiederung an das Linke System ... – wenn ich z.B. die ganze Gender-Ideologie hernehme, die Hymnenverhuzung und diese ganzen sprachlichen Grauslichkeiten, die Sie regelrecht der Vergewaltigung der schönen deutschen Sprache nur am Rande erwähnen, meine sehr geehrten Damen und Herren (*Beifall bei der FPÖ*). Sie haben jetzt versucht, Frau Kollegin, vom Asylchaos abzulenken, gelingt Ihnen nicht, denn ich werde mich auch weiterhin diesem Thema widmen. Wir als Freiheitliche sorgen ja für Schutz und Hilfe für jene, die es brauchen: Nein zu Kriminellen, die gehören abgeschoben; Nein zu Wirtschaftsflüchtlingen, die sich nur unsere sozialen Hängematten (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Aber nichts anderes sagen wir. Nichts anderes sagen wir.“*) – je lauter Sie dazwischen reden, desto lauter werde ich auch schreien und trotzdem wird man mich am Ende des Tages verstehen, Kollegin. Sie können sich gerne zu Wort melden, wäre sehr interessant. Es ist übrigens, sehr geehrte Damen und Herren, eine Abgeordnete, die Frau Pichler-Jessenko ist ja eine sehr interessante Abgeordnete, die einmal im Zuge des Mitmischens gesagt hat zu Schülern bei der Frage „Warum sollten wir sie nicht wählen“, da hat die Frau Kollegin Pichler-Jessenko gesagt: (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Das hast du schon oft gesagt, aber immer falsch.“*) „Wer für die ...“ – ja ich habe es schon oft gesagt, aber ich bringe es jetzt wieder, weil es gerade dazu passt – hat die Kollegin Pichler-Jessenko gesagt: „Wer für ein traditionelles Familienbild steht, Vater, Mutter, Kind sollte mich nicht wählen“, (*LTabg.*

Mag. Pichler-Jessenko: „Unverständlich.“) hat die ÖVP-Abgeordnete Pichler-Jessenko gesagt. (*Beifall bei der FPÖ*) Gut, wir Freiheitlichen sind bereit das Asylproblem zu lösen, wir sind dazu bereit, dass endlich wieder Politik für die eigene Bevölkerung gemacht wird, dass das Gleichgewicht in Schulen, in Gemeinden, zwischen autochthoner Bevölkerung und den Zuwanderern aus aller Herren Länder wieder stimmt, dass somit auch die sozialen Konflikte wieder in den Hintergrund treten, weil wir haben massive soziale Konflikte, die sehen Sie nur nicht – in Gemeindebauten, in Ortschaften mit überdimensionalen und übertriebenen Asylwerberzahlen. Das wollen wir nicht, das wollen wir abstellen. Wir helfen gerne, aber zuerst ist die eigene Bevölkerung dran. (*Beifall bei der FPÖ*)

Meine Damen und Herren, wir begrüßen die Vorverlegung des Wahltermines, weil jeder Tag, an dem die Steiermark von dieser unsäglichen selbsternannten Reformpartnerschaft befreit wird, jeder Tag, an dem das Ende dieser Reformpartnerschaft früher eintritt, ist ein guter Tag für die Steiermark. Wir sind gerüstet. Dass das natürlich aus Gründen passiert, dass weitergearbeitet wird, nimmt euch in dem Land keiner ab. In Wahrheit treten Sie die Flucht nach vorne an. In Wahrheit sind Sie hochgradig nervös (*LTAbg. Karl Lackner: „Ihr seid immer so nervös.“ - LTAbg. Schwarz: „Ja, ja.“*). Uns haben Sie nicht erwischt damit. Die Freiheitliche Partei – nein, wir sind nicht nervös Kollege Lackner, wirklich nicht – ist gerüstet. Kollege Schwarz hat gesagt, er will die Handlungsfähigkeit der Regierung aufrechterhalten. Da frage ich mich, Herr Kollege Schwarz, ist die Regierung derzeit handlungsunfähig? Das müssen Sie beantworten, (*LTAbg. Schwarz: „Gerade sagst du, die Gefahr besteht, dass wir weiterregieren.“*) Sie haben das aufgeworfen, das Thema. Sie haben auch gesagt, Herr Schwarz, das war auch sehr interessant, Sie wollen den weiß-grünen Weg weitergehen. Ich sage ihnen eines, wir als Freiheitliche Partei wir wollen endlich den weiß-grünen Weg für die Steirer beschreiten und den rot-schwarzen Irrweg in diesem Land beenden. (*Beifall bei der FPÖ – 10.18 Uhr*)

Präsident Majcen: Nächste Wortmeldung der Herr Abgeordnete Schönleitner. Herr Abgeordneter, bitte.

LTAbg. Schönleitner (10.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Also es ist ja schon bezeichnend, wenn man sich das heutige Stück auf der Tagesordnung anschaut, wie es begründet ist, wie dürftig mit wenigen Zeilen. Da kann man schon erkennen, dass eigentlich hier wohl sehr viel, sehr viel Strategie dahintersteht, diese Wahl in dieser Form vorzuverlegen (*LTabg. Riener: „Ihr seid ja dafür!“*) und das Argument, dass es nur ums Sparen gehen würde, wirklich eines ist, was zwar hingelegt wird, aber für uns in keiner Weise nachvollziehbar ist. Denn man hätte genauso gut sagen können, wir arbeiten den Sommer weiter und durch, das wäre genauso möglich gewesen, es kann trotzdem einen kurzen Wahlkampf geben. Wir haben zum Beispiel ein Fairnessabkommen vorgeschlagen, hätten wir alles vereinbaren können. Aber es hat sich doch abgezeichnet und ich glaube, das ist der wirkliche Grund für diese Vorverlegung, es hat sich doch abgezeichnet, in den letzten Monaten und Wochen, dass Sie zunehmend mit Ihrer Politik, die Sie zwar so hochjubeln, selbst in Abgehobenheit, aber zunehmend Boden unter den Füßen verlieren. Es geht nach unten. Wir haben Umfragedaten, Sie werden auch welche haben. Sie haben ganz genau gewusst, dass Sie in die Nähe der 50 Prozent Grenze kommen und dann geht es halt nicht mehr so weiter wie jetzt. Ja, den können Sie sich schon merken, Herr Landeshauptmann, und dann haben Sie noch einmal von Juni auf Mai vorverlegt, also nur mehr eine gewisse Panik, würde ich fast sagen und das ist für die steirische Bevölkerung durchschaubar. Wenn ich mir heute die Reden der beiden Klubobleute, der vermeintlichen Reformpartnerschaft hier angehört habe, Kollegin Eibinger und Kollege Schwarz, dann waren die schon aus meiner Sicht sehr sehr dünn und dürftig. Es war eine gewisse Dünnhaltigkeit in Richtung der Opposition. Die Opposition, das wäre ja furchtbar, wie dieses gute Projekt angegriffen wird. Das war aus meiner Sicht Dünnhaltigkeit. Auch der Herr Landesrat Drexler hat Zwischenrufe gemacht. Da merkt man schon, es ist eine große Unruhe da. Das kommt nicht aus einer Sicherheit heraus, sondern das ist aus meiner Sicht Unruhe, die unverkennbar ist. Kollege Schwarz, du hast da zum Beispiel gesagt, wie toll dieses reformpartnerschaftliche Projekt war in der Steiermark. Du hast schon Recht, das möchte ich schon auch sagen, manche Dinge sind auch auf die Reihe gebracht worden. Waren aber auch lange Forderungen der Opposition. Zum Beispiel der Abbau des Proporz. Haben wir immer gesagt, ist gut für das Land, haben wir zugestimmt. Die KPÖ hat zum Beispiel nicht zugestimmt, wenn ich mich recht erinnere. Die Haushaltsreform hast du dann genannt. Die war grundsätzlich auch gut. Haben wir auch gesagt – gut. Aber du hast dann gesagt, da heraußen, und das möchte ich dir eingangs schon auch sagen, nachvollziehbare und messbare Wirkungsziele. Da wissen wir ganz genau, dass das nicht der Fall ist. Der Rechnungshof hat das festgestellt, dass die Wirkungsziele eben

nicht messbar sind, so wie es vorbereitet war. Also, dies als großen Erfolg zu verkaufen, das ist schon aus meiner Sicht eine gewisse tollkühne Aussage von dir. Es ist richtig, dass Sie das Problem erkannt haben, Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter, (*Landeshauptmann Mag. Voves*: „Das müssen Sie einmal umsetzen.“) das Problem haben Sie schon erkannt, nein, Herr Landeshauptmann, hören Sie mir einmal zu, aber Sie dürfen eines nicht verdrängen und das verdrängen Sie unentwegt und so fahren Sie durch das Land in Ihrer Abgehobenheit und in Ihrem Stil und sagen: Wir sind super, wir machen alles gut, wir bringen das Land nach vorne. Aber eines verheimlichen Sie kontinuierlich, kontinuierlich. Sie haben dieses Land, die Steiermark, seinerzeit von Waltraud Klasnic mit einer Milliarde Verschuldung übernommen. Das ist ein Faktum. Das können Sie in allen Rechnungshofberichten nachlesen. Das ist nicht nur meine Behauptung, und wir stehen jetzt bei einem Schuldenstand in der Steiermark von fünf Milliarden Euro. Das verheimlichen Sie der Bevölkerung. Sie gehen zwar her und sagen jetzt, wir sind das große Reformduo, fast idyllisch wie Sie hier als Pärchen durch das Land ziehen in der Steiermark und sagen, alles wird besser, alles wird gut. Aber Sie müssen auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass dieses Desaster, dieses Bundesland, die Steiermark, mit dem Rücken zur Wand steht, zwei Parteien verursacht haben. Das war die ÖVP, das war die SPÖ, in diesen beiden letzten Regierungen Voves, die es gegeben hat. (*Landesrätin Dr. Vollath*: „Eine Wirtschaftskrise hat es auch gegeben.“) Jetzt haben wir Riesenprobleme und dann ist auch noch der Zugang. Wie war der Zwischenruf, Frau Finanzlandesrätin? (*Landesrätin Dr. Vollath*: Eine Wirtschaftskrise hat es gegeben.“) Eine Wirtschaftskrise hat es auch gegeben. Aber ich möchte Ihnen schon auch einmal sagen, dass es auch viele Dinge gegeben habt, in diesem letzten Jahrzehnt, wo Sie arg daneben gehaut haben. Speziell auch Ihre Partei arg daneben gehaut hat. Da gibt es genügend Dinge, die uns viel Geld gekostet haben, Herr Landeshauptmann, warum verdrängen Sie es denn? Nehmen wir einmal ein Beispiel her, ein konkretes. Weil ich glaube, man soll ja nicht nur wahlkampf rhetorisch da hinein..., sondern man muss immer konkrete Beispiele anschauen. Schauen Sie sich bitte einmal an, wie das war mit der LKH West Geschichte in Graz. Das betrifft vorwiegend auch die ÖVP, aber für mich ist die Regierung ein gemeinsames. Ja, wäre die Opposition nicht gewesen, wären es nicht die Grünen gewesen, die auf die Bremsen gestiegen sind, ja, da wären Sie ja dem Schritt der ÖVP punktgenau nachgegangen und wir hätten dieses Krankenhaus privatisiert. Wenn die Kollegin Lechner-Sonnek, wir nicht gewesen wären, andere aus der Opposition, die gesagt haben, wir wollen diese Privatisierung nicht und Verbündete in der Bevölkerung gefunden hätten, dann wäre

dieses Krankenhaus privatisiert, mit Zustimmung eines sozialdemokratischen Landeshauptmannes. Mellach, wie gesagt, haben Sie an die Wand gefahren. Bitte, ein dreistelliger Millionenbetrag der Unternehmenswertminderung aufgrund einer Fehlinvestition, vor der wir gewarnt haben. Ja, da ist viel steirisches Geld hineingegangen. Ich kann Ihnen auch nicht ersparen, gerade Ihnen als Chef des sozialdemokratischen Teils in dieser Regierung, dass Sie beim Pflegeregress über Jahre, wirklich über Jahre und Monate, jenen die Mauer gemacht haben, es wäre eine Minderung der Solidarität, um den zu konkretisieren, wenn wir den Pflegeregress in der Steiermark abschaffen. So hat es die ÖVP definiert. Sie sind als Landeshauptmann monatelang als Sozialdemokrat mitgelaufen. Ja, ich darf Sie schon fragen, wo ist das Rückgrat der Sozialdemokraten gewesen? Ich erinnere mich auch noch gut, im ersten Jahr, nachdem Ihre letzte Regierung angelobt wurde, sind in der Steiermark – so viel waren es in keinem anderen Bundesland, in dieser Form hat es das niemals zuvor gegeben – waren in Graz 15.000 Menschen auf der Straße, haben protestiert, gegen Ihre Sozialpolitik. Das waren Menschen, ich sage Ihnen wirklich, das waren keine Protestmensen, die gesagt haben, es geht um den Protest, sondern es waren Menschen, die in den Organisationen, im Behindertenbereich, im Sozialbereich, in der Jugendwohlfahrt gearbeitet haben und die gemerkt haben, es geht etwas Wichtiges verloren. Was seinerzeit der SPÖ noch wichtig war, war plötzlich weg, nämlich dass die Menschen im Sozialbereich, im Behindertenbereich klare Rechtsansprüche haben. Es ist doch das Wichtigste und da haben Sie völlig versagt als Sozialdemokrat, es ist doch das Wichtigste, dass Menschen nicht zu untertänigen Bittstellern vor den Behörden, vor den zuständigen Stellen werden. Da haben Sie plötzlich gesagt, die Frau Finanzlandesrätin hat das auch einmal verwendet in Ihrer Budgetrede, ja, bei Härtefällen, da machen wir schon was. Aber das ist ein Unterschied, ob es eine Politik der Härtefälle ist oder ob es um Rechtsansprüche geht. Dass uns diese Kosten, die wir jetzt einsparen, in den Folgejahren natürlich auf den Kopf fallen, das sagen uns alle Expertinnen und Experten. Das haben Sie als Sozialdemokrat zu verantworten. Ich möchte Sie auch noch erinnern, an Ihre vielen Pleitefälle in den Gemeinden. Ich meine, wir reden von Gemeindestrukturreform, ich möchte sagen, aus meiner Sicht, natürlich ist was zu tun in der Gemeindeverwaltung. Das haben wir immer gesagt. Es ist auch überhaupt nicht anstößig, Gemeinden zu fusionieren. Die Frage ist, wie gehen wir damit um? Binden wir die Bevölkerung ein oder nicht? Aber was für mich zum Beispiel wirklich schlecht war an dieser Reform ist, dass die Sachlichkeit eben nicht nachvollziehbar war. Weil ausgerechnet Ihre Pleitegemeinden, seien es Fohnsdorf, seien es Gratkorn oder seien es Trieben, das waren

diejenigen, ich könnte jetzt noch viele nennen, die alleine geblieben sind. Warum sind sie denn alleine geblieben? Weil man gesagt hat, mit diesen verschuldeten Gemeinden, die derart desaströs gewirtschaftet haben, will niemand zusammen gehen. Aber sachlich begründet war es nicht. Diese Pleitefälle haben uns über Jahre, Herr Landeshauptmann, jetzt begleitet. In Fohnsdorf wird es ja demnächst wieder krachen, wie wir hören. Sie haben es ja nicht einmal geschafft, einen Bürgermeister in Ihrer Partei auszuwechseln, der einen der größten Skandale in der Steiermark hier zu verantworten hat. Den Bürgermeister Straner, der tritt wieder munter bei der Gemeinderatswahl an, beim nächsten Mal. Da muss man sich schon fragen, ob Sie das Heft (*LTabg. Amesbauer, BA: „Für die SPÖ.“*) für die SPÖ, ja, genau, ob Sie das Heft in Ihrer Partei überhaupt noch in der Hand haben. Möchte aber auch zur ÖVP kommen, weil das schon auch was Wichtiges aus meiner Sicht ist. Dieses Sache, die du dich noch einmal hier heraußen, Kollegin Eibinger, formulieren hast trauen. „Es wäre euch wichtig, jetzt etwas für die Regionen zu tun“. Ihr habt ja unlängst, glaube ich, irgend so einen Vierseiter herausgegeben, wo ihr ein paar vermeintliche Visionen, ich habe mir das genau angeschaut, da drinnen formuliert habt, um für die Regionen etwas zu tun. Da muss ich wirklich sagen, also, scheinheiliger, das muss man der ÖVP sagen, geht es nicht mehr. Über Jahre habt ihr jetzt die Ausdünnung des ländlichen Raumes voll und ganz mitgetragen, (*LTabg. Dipl.-Ing. Wöhry: „So ein Blödsinn.“*) ja sicher, Kollege Dirnberger vom Gemeindebund, du weißt ganz genau, deine Kollegen in den anderen Bundesländern, die haben zum Beispiel Masterpläne bezüglich der demographischen Entwicklung ernst genommen. Die haben Masterpläne erlassen. Die haben zum Beispiel gesagt, wenn Sie schon zwischenrufen, Herr Landesrat Buchmann, es ist da was zu tun, wie die Wirtschaftsförderungen in die Regionen zu lenken. (*Landesrat Dr. Buchmann: Ja, was glauben Sie? Immer wieder das Gleiche.“*) Herr Landesrat Buchmann, Sie kommen offenbar sehr wenig hinaus. Ich habe sowieso oft den Eindruck, Sie haben mit Unternehmern sehr wenig Kontakt, denn, wenn Sie die Klein- und Mittelbetriebe anschauen, (*Landesrat Dr. Buchmann: „Immer wieder das Gleiche, Wo lebt Ihr eigentlich?“*) Das war ja kein Zufall, na schauen Sie, darf ich Sie fragen, wo Sie leben? Haben Sie das Wirtschaftskammerwahlergebnis gelesen (*Landesrat Dr. Buchmann: „Ja“*) Habe ich mich getäuscht, dass der Wirtschaftsbund dort sieben Prozent abgelegt hat oder nicht? (*Landesrat Dr. Buchmann: „Ja“*) Ich habe es zumindest so gelesen, aber vielleicht hat man Ihnen etwas Anderes gesagt, (*Landesrat Dr. Buchmann: „Ja, aber haben Sie auch gelesen, dass wir 68,5 % haben.“*) die Grüne Wirtschaft hat zugelegt (*Landesrat Dr. Buchmann: Aber Sie haben doch in 100 Jahren keine zweistelligen Werte“*) ja, aber tun Sie

doch nicht so, als ob irgendwer noch in der ÖVP-Wirtschaftspolitik einen Trend nach oben erkennen würde. Aber die Regionalförderung möchte ich Ihnen schon sagen, haben Sie verschlafen. Sie haben jahrelang Ihre Programme dahingefahren, wie haben Sie geheißen: „Geistesblitz und Großtat“. Das waren Ihre Hauptprogramme, die predigen Sie wirklich hier PR-mäßig durchs Land, aber Sie haben es nicht geschafft, die Regionalförderung so aufzustellen, dass hier eine Priorität gesetzt wird, für den ländlichen Raum. Das ist nicht der Fall. Da schauen Sie einmal in Oberösterreich, wie das aussieht und wenn die Menschen am Land keinen Arbeitsplatz, (*Landesrat Dr. Buchmann: „Aber deswegen sind wir auch die erfolgreichste Region in Europa.“*) wenn keine qualifizierten Arbeitsplätze in den Regionen vorhanden sind, dann werden die Menschen nicht bleiben. Da haben Sie versagt. Ich könnte Ihnen jetzt nur ein paar Beispiele sagen. Erinnern Sie sich doch in dieser Periode an Ihre Pannen: Holzclustergeschäftsführer, Ihre Gesellschaften bei den Finanzierungsgesellschaften des Landes. Da hat der Rechnungshof vernichtende Berichte abgelegt. Also so optimal war Ihre Wirtschaftspolitik für die Regionen sicher nicht. (*Landesrat Mag. Drexler: „Wenn es nach Ihrem Wissen ginge, das Sie behaupten, müssten Sie längst die absolute Mehrheit haben und dann sind sie wieder einstellig. Das ist Ihr Schicksal.“*) Herr Landesrat Drexler, ich merke, dass Sie heute wirklich ein dynamischer Zwischenrufer sind, ich weiß nicht warum? Irgendwie haben Sie noch eine gewisse Sehnsucht, dass Sie noch da herunteren als Klubobmann sitzen, darum werden Sie heute ganz einfach hier von hinten immer wieder dazwischen rufen, aber es wird Ihnen nicht gelingen, Herr Landesrat, irgendwie in Abrede zu stellen, dass die ÖVP, dass die ÖVP aus unterschiedlichen Gründen arg unter Druck ist. Ich meine, man hat zwar jetzt lang hin gewartet mit eurer Personalentscheidung, aber fahren Sie einmal ins Land hinaus. Ich war monatelang unterwegs im vorigen Jahr noch, hinein bis in den Dezember und hören Sie sich einmal an, was dort über die ÖVP-Politik gesagt wird. Es ist richtig, dass Sie in Ihrem Bereich wahrscheinlich einiges auf die Reihe gebracht haben, aber alles, Herr Landesrat Drexler, haben Sie auch nicht gelöst. Die Primärversorgung, da haben Sie uns großartig Pilotprojekte versprochen – Mariazell. Ja, wo sind die? Die sind auch noch nicht am Tisch. Also, da wird auch noch einiges zu tun sein. Sie werden nicht in Abrede stellen können, dass wir im Pflegebereich nach wie vor ein großes Problem haben. Irgendwie werden Sie halt auch erklären müssen, warum Sie es offenbar vor der Wahl nicht mehr schaffen, nämlich mit den Pflegeheimbetreibern eine endgültige Lösung auf den Tisch zu legen. Die ist aus meiner Sicht derzeit noch nicht sichtbar. Geschweige denn fehlen uns die Antworten, was den Pflegeskandal anlangt, nämlich im Finanzierungsbereich, dass wir

seinerzeit Verträge in der Steiermark abgeschlossen haben, wo Sie selbst gesagt haben, es ist unerklärlich, wie die zustande gekommen sind. Aber aufgeklärt, warum das so war, haben Sie das nicht. Lassen Sie mich ausreden (*Landesrat Mag. Drexler: Da müssen Sie die Sonderbotschafter von Tsipras fragen.*“). Na schauen Sie, diese Nervosität, die Sie dauernd haben, da kann ich Ihnen nicht erklären, was ich Ihnen sagen will. Ich sehe, ich sehe bei Ihnen auch Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, wenn Sie auch nicht selbst verantwortlich waren, als ressortzuständiger Landesrat, daran mitzuhelfen, aufzuklären, wie diese Vertragskonstruktionen seinerzeit zustande gekommen sind. Untersuchungsausschuss war, glaube ich, sogar einmal beantragt oder ist im Raum gestanden von der KPÖ. Haben Sie ganz einfach abgelehnt. Also ist eigentlich nichts Konkretes passiert. Wenn man es sich anschaut, Ihr legt eine wunderbare dargestellte – aus meiner Sicht – Fassadenbilanz dieser Reformpartnerschaft auf den Tisch, aber es hat auch Dinge gegeben, die die Steiermark, glaube ich, zurückgeworfen haben und die kann man konkretisieren, die kann man auch nennen. Ich möchte ein paar Dinge jetzt sagen, was in den letzten Jahren die Reformpartnerschaft wirklich in keiner Weise auf die Reihe gebracht hat oder wo Menschen oder wichtige Gruppen der Bevölkerung wirklich Schaden dieser Reformpartnerschaft genommen haben. Quasi die Kehrseite der Reformpartnerschaft. Ihr habt in der Sozial- und Lernbetreuung massiv gestrichen, in der Kinder- und Jugendhilfe. Da sind sicher Schulabschlüsse vieler Kinder gefährdet, weil ausgerechnet in diesem Bereich eingespart wurde. Ihr habt den Lohnkostenzuschuss im Behindertenbereich eingespart. Das ist auch für Betriebe, Herr Landesrat Buchmann, Sie wissen das, ganz genauso schwierig, wie für die Betroffenen selbst. Uns sagen Betriebe, wie ich unterwegs war, das ist schlimm und eine Katastrophe, dass der Lohnkostenzuschuss eben hier weggefallen ist, weil es dann eben nicht mehr möglich ist, im Bereich der beruflichen Integration, qualitative Arbeit zu leisten. Im Behindertenbereich die Kürzungen ohnehin. Wir wissen, dass es weniger Unterstützungen für Familien gibt. Wir wissen auch, Herr Landeshauptmann, dass ganz ganz viele Menschen im Behindertenbereich auch ihren Job verloren haben, Soziallandesrat, SPÖ, natürlich verantwortlich, für diese Negativentwicklung. Es hat massiven Anstieg bei den Rückzahlungen bei Wohnungen gegeben, was das Sonderwohnbauprogramm M 1000 angeht, auch das hat die Bevölkerung massiv negativ gespürt, Der Regress ist angesprochen. Ich hätte mir zumindest heute erwartet, dass irgendwer der beiden Klubobleute sagt, aber vielleicht kommt es noch vom Landeshauptmann oder von seinem Stellvertreter, dass das wirklich eine peinliche Situation war in der Steiermark. Jahrelang habt ihr uns

erklärt, der Regress muss bleiben, das geht nicht anders, sonst geht dieses Land finanziell über die Grenze. Und irgendwann habt ihr euch kreidebleich, nachdem die Bevölkerung mit tausenden von Unterschriften, die die Opposition, die KPÖ, wir, Gemeinderatsbeschlüsse Druck gemacht hat, habt ihr euch dann kreidebleich und wirklich, ich möchte sagen, fast schon in erbärmlicher Form hingestellt und Sie haben dann formuliert, Herr Landeshauptmann, und das ist bezeichnend: „die Steirerinnen und Steirer sollen nicht mehr Menschen zweiter Klasse sein.“ Und das ist für mich schon ein gewisses Eingeständnis gewesen, da hat man die Qualität dieser Reformpartnerschaft schon gesehen. Die gewinnorientierten Heimbetreiber habe ich bereits angesprochen. Wir haben das LKH West angesprochen, den Spitalsbereich. Es ist so, im Bereich der Kinderbetreuung hat es erst unlängst wieder eine Studie gegeben, Erwin Dirnberger weiß es vom Gemeindebund, wo ganz klar raus gekommen ist, dass die Unzufriedenheit im Bereich der Kinderbetreuung in der Steiermark ganz, ganz groß ist, im Vergleich mit den anderen Bundesländern. (*Landesrat Mag. Schickhofer: „1000 Plätze neu. Heute in der Regierung, 1000 Plätze.“*) Es ist was geschehen, aber Sie werden nicht leugnen können, Herr Landesrat, dass diese Studie des Gemeindebundes das belegt hat, was wir ja immer wieder gesagt haben, dass nämlich die Qualität in der Kinderbetreuung, eine Studie, die auf die Meinung der Bevölkerung zurückgegangen ist, massiv schlecht ist. Also die Bevölkerung sagt uns, sie ist unzufrieden. Es ist um die Zufriedenheit gegangen (*Landesrat Mag. Schickhofer: „Es investiert die Reformpartnerschaft 30 Millionen Euro jetzt schon in diesem Bereich.“*) Ja, aber ihr regiert ja schon eine Zeit. In den letzten fünf Jahren habt ihr es offenbar nicht geschafft, das auf die Reihe zu bringen. Sie investieren jetzt, das ist richtig, aber es ist ja so, dass ein Drittel der Verpflichtungen, die Sie hätten, Familien einen Kindergartenplatz anzubieten, derzeit keinen haben. Das ist ein Faktum. Das können Sie ja nicht vom Tisch weisen. Die Zahlen sagen uns das, verschiedene Studien und auch die Rechnungshofberichte. Schulen geschlossen, Kürzungen natürlich in der Kunst- und Kulturförderung, das Bettelverbot vom Verfassungsgerichtshof gekippt. Wir haben euch gewarnt, das wird verfassungsmäßig nicht halten. Die SPÖ ist den Weg mit der ÖVP mitgegangen. Im öffentlichen Verkehr, wo Sie Verantwortung haben. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern hat die Steiermark immer noch kein adäquates Angebot. Wir haben de facto kein 365 Euro Ticket, wie das die Wiener haben, wie das die Vorarlberger haben. Es gibt wirklich viele, viele Punkte, die ich hier noch anführen könnte, wo die Steiermark im Vergleich zu anderen Bundesländern, in der Zeit dieser Reformpartnerschaft keinen Schritt nach vorne gemacht hat. Das war so. Die

Budgetsituation ist alles andere als entspannt. Ich möchte nur erinnern, weil meine Redezeit gleich vorbei ist, im Jahre 2012 war das Einsparungspotential, dass das Land Steiermark aufgebracht hat, auf der anderen Seite auch gleich wieder weg mit der Schi-WM. Die Investition in die Schi-WM war, und das wird der Rechnungshofbericht, dem Sie jetzt mit Ihrer vorzeitigen Auflösung bezüglich Schi-WM auch noch zuvor kommen, war der Konsolidierungsbedarf des Landes in der gleichen Höhe wie die Fördermenge, die gesamt in die Schi-WM gegangen ist. Da muss man schon auch die Frage stellen, ob das eine seriöse Politik ist? Wo man sagt, man hat fürchterlich gespart und alles ist letztendlich in Ordnung. Wir haben keine Aufgabenreform in der Steiermark. Selbst der ÖAAB, Herr Landesrat Drexler, sagt immer wieder, es fällt die Aufgabenreform. Ihr habt die Abteilungen zwar halbiert, aber in Wirklichkeit nicht die Kosten. Das war eigentlich eine reine Fassadenreform. Die Gemeindestrukturreform ist eigentlich so vor sich gegangen, dass zwar was umgesetzt wurde, aber ihr habt viele Bruchlinien geschaffen aufgrund der Vorgangsweise. Der Stil war letztendlich falsch, das ist auch das, was von der Bevölkerung immer wieder zurückkommt. Wenn man sich die Steiermark anschaut, so fehlt mir ganz einfach so etwas wie eine Vision der Zukunft. Wo liegt die Steiermark wirklich in den letzten Jahren? Ihr habt letztendlich dahinverwaltet und habt gesagt, wir müssen einsparen. Aber die Vision, wohin wir gehen, die habt ihr in keiner Weise formuliert. Was ist mit Umweltland und Bioland Nummer eins. Kollege Seitinger, ganz kurz in deine Richtung gesprochen, du hast immer gesagt, es braucht eine Agrarwende. Die konventionellen Agrarbetriebe, die konventionelle Agrarindustrie in der Steiermark, darf nicht mehr gefördert werden. Du machst das nach wie vor. Nach wie vor geht es genau in diese alten Schienen hinein und geht es nicht in die neuen Bereiche hinein. Aus meiner Sicht ist nach dieser Zeit der Reformpartnerschaft die Zeit gekommen, um sie zu bewerten. Ich persönlich bin überzeugt, dass die Bevölkerung ganz sicher sehr kritisch bewerten wird, was in den letzten Jahren passiert ist und diese Flucht, diese Flucht und es ist eine Flucht, die ihr jetzt auch noch mit dieser Vorverlegung hier vornehmt, die wird euch am Ende nicht helfen. Ihr werdet wieder ablegen. Es war bei zurückliegenden Wahlen so, dass ihr bei den Nationalratswahlen, bei den EU-Wahlen schlechter wart, (*LTA*bg. Schwarz: „Mach dir Sorgen um dich selbst.“) Kollege Schwarz, wie die anderen Bundesländer, das ist ein Faktum und wenn ihr jetzt auch hundert Mal sagt, ihr habt Rückenwind und von nun an ging's bergauf, das ist eure permanente Formulierung, von nun an ging's bergauf, aber ich sag dir, von nun an ging's bergauf, das hat die Maus auch gesagt, wie sie die Katze über die Kellerstiege hinaufgetragen hat. Letztendlich ist es so, dass hier zwei Welten sind. Das ist die

Welt der Regierung, die sagt, wir sind optimal unterwegs, die Bevölkerung steht hinter uns und wenn man in der Steiermark unterwegs ist, dann sieht man draußen, dass niemand mehr, ich sage euch das ganz offen, hinter dieser Regierung steht. (LTabg. Schwarz: „Wo fährst du hin?“) Es stimmt, das Verhältnis (Landesrat Mag. Drexler: Fährst du in der Grottenbahn?“) das Verhältnis Herr Landesrat Drexler von ÖVP und SPÖ zueinander ist besser geworden, aber die Distanz zur Bevölkerung ist größer geworden. Ich glaube, es geht darum, (Präsident Majcen: Herr Abgeordneter, die Distanz der Redezeit ... ich bitte zum Ende zu kommen.“) dass dieser Stimmenanteil, der von euch weggeht, in eine Richtung, dass in der Steiermark durchgelüftet wird und wieder Politik für die Menschen gemacht wird. Der Wähler und die Wählerin werden entscheiden, dem werden wir uns stellen müssen, aber dieses Lobgeheul, dieses Kampfklatschen, dieses „Wir sind super und alle unterstützen uns“, das glaubt in der Steiermark niemand mehr. Davon bin ich ganz überzeugt. Danke für die Aufmerksamkeit. (LTabg. Schwarz: „Wenigstens glaubst du, was du sagst.“, Beifall bei den Grünen – 10.40 Uhr)

Präsident Majcen: Danke, die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung der Frau Abgeordneten Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Frau Abgeordnete bitte.

LTabg. Klimt-Weithaler (10.40 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werte Präsidentin, Herr Dritter Präsident, werter Herr Landeshauptmann, ist gar nicht da, Landeshauptmannstellvertreter, Mitglieder der Regierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Es wird heute also der Landtag aufgelöst, ursprünglich für fünf Jahre gewählt, endet nun diese Periode nun früher und wir werden am 31. Mai neu zur Urne schreiten. Die KPÖ wird gegen diesen Beschluss stimmen. Immer diese Kommunisten und Kommunistinnen, aber es ändert sich nichts an der Tatsache, dass wir auch hier bei diesem Antrag so umgehen, wie wir es all die Jahre gemacht haben. Wir bilden uns eine Meinung und stehen dann dazu und gehen nicht her und kritisieren etwas und stimmen dann letztendlich trotzdem zu. Warum wir nicht zustimmen ist einfach erklärt. Es gibt natürlich berechtigte Gründe, dass Wahlen vorgezogen werden müssen, aber mir fällt ad hoc wirklich kein einzig berechtigter ein, der jetzt hier in unserem Fall zum Tragen kommt. Es bietet aber natürlich die Gelegenheit, dass man ein wenig Rückschau hält, das haben ja die Kolleginnen und Kollegen vor mir auch schon gemacht. Weil die Kollegin Klubobfrau Eibinger die Prozentzahlen genannt hat, also 40 %

einstimmige Beschlüsse in dieser Periode, 85 % und zumindest eine Oppositionspartei mitgestimmt hat. Möchte ich dir auch noch eine Prozentzahl nennen. In der Periode 2005 bis 2010, da warst du noch Bundesrätin – soweit ich weiß – da gab es auch eine Prozentzahl, die ich nicht uninteressant finde. Damals gab es diese Reformpartnerschaft ja noch nicht, aber interessanterweise wurden 98 % der Regierungsbeschlüsse (*LTA*bg. *Riener*: „*Das ist die Regierung und nicht der Landtag.*“) auch schon in der letzten Legislaturperiode einstimmig gefasst. Na, ich habe nicht gesagt, ich bringe eine Zahl aus dem Landtag, liebe Barbara Riener, sondern ich bringe auch eine Zahl und die finde ich nämlich insofern sehr interessant, weil damals gab es eben diese sogenannte Reformpartnerschaft noch nicht. Da hat man zwar nach außen hin eine ganz andere Kultur gehabt und viel gestritten, aber letztendlich war man sich in 98 % (*LTA*bg. *Hamedl*: „*Claudia, jetzt sind es 100 %.*“) der Regierungsbeschlüsse einig. So, mich wundert es nach wie vor, warum jetzt die Notwendigkeit einer verfrühten Wahl hier so von den anderen als notwendig erklärt wird. SPÖ und ÖVP haben ohnehin schon angekündigt, auch jetzt wieder, Kollege Schwarz hat es gesagt auch die Kollegin Eibinger hat es gesagt, die Koalition in jedem Fall fortzuführen, also nach der Wahl, das heißt, stellt sich doppelt die Frage: Ja, warum Landtag und Regierung dann nicht bis zum Sommer, so wie es in der Landesverfassung steht, arbeiten können und danach sozusagen, diesen regulären Termin einhalten? Der Verdacht liegt nahe und das müssen sich die Kolleginnen und Kollegen von der sogenannten Reformpartnerschaft auch gefallen lassen, dass es eben doch viele Baustellen gibt, die jetzt über den Kopf wachsen und dass man sich ein besseres Ergebnis ausrechnet, wenn man früher zur Wahl schreiten lässt und so die Steirer und Steirerinnen nicht wirklich wissen, was denn da noch alles auf sie zukommt. Ich darf gern dann ein paar Beispiele bringen und Barbara Eibinger, weil du gesagt hast, diese neue Kultur war davon getragen, dass man sich nicht gegenseitig etwas über die Presse ausgerichtet hat. Wunderbar, ihr habt nur leider manchmal den Betroffenen etwas über die Presse ausgerichtet. Die Schuldirektorinnen haben zum Beispiel aus der Kleinen Zeitung erfahren, dass ihre Schule geschlossen wird. Also, das halte ich auch nicht für eine sehr schöne Kultur, sondern das ist eine Kultur des Darüberfahrens, die ihr hier wirklich gelebt habt. Wenn man sich jetzt aber die Aussagen von Herrn Landeshauptmann Voves und seinem Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, den Regierungsmitgliedern, den Abgeordneten von SPÖ und ÖVP anschaut und sich daran orientiert, dann hat man den Eindruck, dass in der Steiermark zwei Welten parallel existieren. In der Welt der sogenannten Reformpartnerschaft, da herrscht Rekordbeschäftigung, in einer enkelfiten Steiermark mit ausgeglichenem Budget.

Das ist das, was ihr all die letzten Jahre hier immer und immer wieder herunterbetet habt. Auch jetzt wieder hat es der Kollege Schwarz erwähnt in seiner Rede. Unzählige Male haben wir diese Aussagen gehört. (LTAvg. Schwarz: „Deine Aussagen wiederholen sich aber auch ständig.“) Ja, aber der Unterschied ist der, ich rede ja nicht nur hier herinnen, ich gehe ja auch hinaus (LTAvg. Schwarz: „Na, aber du hast die Rede auch schon hundert Mal erzählt.“) und wenn man draußen mit den Menschen redet, die keine PolitikerInnengehälter bekommen, dann sieht man, dass die große Mehrheit der SteirerInnen eben nicht in dieser behaglichen reformpartnerschaftlichen Phantasiewelt leben. Die Mehrheit der Steirerinnen schau Hannes, ich weiß, dass du dich ärgerst, aber es wäre schön, wenn du zuhören würdest, weil vielleicht könntest du was lernen. Die Mehrheit der Steirer und Steirerinnen, die lebt nämlich zwischen der Teuerung und sinkenden Einkommen. Das wirst du mir nicht in Abrede stellen. Es gibt eine Rekordarbeitslosigkeit, dafür gibt es Zahlen, es gibt steigende Gebühren, dafür gibt es auch Zahlen und es gibt einen ausgedünnten regionalen Bereich. Der Lambert Schönleitner hat es schon erwähnt, und auch der Herr Amesbauer hat es angesprochen, weil eben in den Regionen Schulen und Krankenhausabteilungen geschlossen worden sind. Das sind Fakten und das wurde alles von dieser Landesregierung gemacht. Ich habe überhaupt noch keine Phase erlebt, ich bin ja jetzt doch auch schon längere Zeit hier in diesem Haus, wo der Widerspruch zwischen der Selbstdarstellung der Regierung und der Wirklichkeit so groß war wie jetzt. Ich bitte Sie wirklich, vor allem all jene Abgeordnete, die wirklich draußen sind und mit den Leuten auch reden, versuchen Sie doch endlich einmal ein bisserl über diese rosarote reformpartnerschaftliche unter Anführungszeichen Brille drüber zu schauen und der Realität ins Auge zu blicken. Sie sollten mit den Leuten draußen reden und sie fragen, was ihnen in Erinnerung geblieben ist von dieser Periode. Sie werden Ihnen dann sagen, da wurde vieles kaputt gemacht, im Gesundheitswesen, im Kulturbereich, bei den Schulen, im Behindertenbereich, im Jugendbereich. Es ist kein Geheimnis, das wissen Sie auch alle, dass die Armut in unserem Land immer größer wird. Ich frage Sie, was haben Sie dagegen unternommen? Wo sind denn die Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in dieser Periode gewesen? Ich kann mich an keine einzige sinnvolle Maßnahme der Armutsbekämpfung erinnern – im Gegenteil. SPÖ und ÖVP haben zuerst den größten Schuldenberg gemeinsam aufgehäuft in der Geschichte des Landes und dann haben Sie gemeinsam, dieses Mal aber unter einem erfundenen Namen, nämlich unter dem der sogenannten Reformpartnerschaft, mit völlig untauglichen Mitteln versucht zu verhindern, dass dieser Berg weiter wächst. Ich muss sagen, mir ist jetzt fast die Luft weg geblieben, als ich mitbekommen habe, jetzt ist die Frau

Finanz, a doch,... auf einem anderen Sessel, Frau Finanzlandesrätin, du hast auf deiner Facebook-Seite einen Film gepostet, den ich auch gesehen habe, der mich schwer beeindruckt hat. Der nennt sich „Macht ohne Kontrolle – die Troika“. Du hast dazu geschrieben und ich nehme an, du warst es selber oder jemand deiner MitarbeiterInnen, bitte ansehen, ganz, ganz wichtig. In dem Film geht es einzig und allein darum, das dort klipp und klar herauskommt und es wird unterlegt mit Expertisen und Nobelpreisträgeraussagen und so weiter und so fort, diese Art der Sparpolitik kann die Wirtschaft nicht ankurbeln. Das ist gescheitert. Liebe Bettina Vollath, dann frage ich dich aber: Wenn du den Film gesehen hast oder wenn du uns rätst, schaut euch das an, warum macht ihr dann genau die gegenteilige Politik? Warum macht ihr dann genau das wo du selber sagst, das ist eigentlich nicht das richtige. Das verstehe ich nicht. Ihr habt überall gekürzt, wo vorher ohnehin schon wenig da war. (*LTA*bg. *Dirnberger*: „Also bitte.“) Anscheinend und das ist, glaube ich, der eigentliche Grund, anscheinend wird dieses Budget ohne Neuverschuldung unter Anführungszeichen auch nicht wirklich halten. Sie glauben ja anscheinend selbst nicht daran, sonst würden Sie ja nicht in letzter möglicher Sekunde hergehen und schnell noch Neuwahlen ausrufen. (*LTA*bg. *Schwarz*: „Haben Sie mit der Troika schon gesprochen?“) Nein, aber ich werde dir Folgendes sagen, lieber Kollege Schwarz, ich werde dir Folgendes sagen, lieber Kollege Schwarz. Es bleiben ganz ganz viele Fragen offen. Abgesehen vom Budget, auf das komme ich später noch. Thema Glücksspiel: Die Glücksspiellizenzen werden erteilt, während der Landtag aufgelöst ist. Ausgeschrieben sind sie ja längst, das heißt, wer diese Lizenzen bekommt, das werden wir vermutlich irgendwann erfahren, wo man es nicht im Landtag thematisieren kann. Das ist für die ÖVP, die SPÖ und die FPÖ, die diesem Gesetz zugestimmt haben, ja nicht unpraktisch. (*LTA*bg. *Schwarz*: *Na, du stellst Überlegungen an.*“) Thema Pflege: Gestern hat der Herr Landesrat Drexler ein neues Pflege- und Betreuungsgesetz sowie eine Zukunftsstruktur für die steirischen Krankenhäuser angekündigt. Das heißt also, weitere Abteilungsschließungen stehen im Raum. Angekündigt und versprochen wurden hingegen Lösungen, viele Lösungen für viele Probleme, die wir im Pflegebereich haben, aber daraus wird vermutlich nichts mehr werden, denn der Landtag löst sich ja jetzt auf (*LTA*bg. *Dirnberger*: „Es geht ja eh weiter.“) und ob zum Beispiel die Ergebnisse, die wir bei der Pflegeenquête hier gehabt haben, jemals bearbeitet werden, das (*Allgemeine Unruhe*) steht auch noch in Frage. Wir wissen es nicht, was wir aber wissen, ist, dass bei diesem heiklen Thema Pflege etwas getan werden muss und was getan werden muss, das werden die Steirer und Steirerinnen auch nach der Wahl erfahren. Thema Gesundheit: Herr Landeshauptmann Voves, Sie haben in einem Interview

eine Spitalsreform angekündigt. Wenn man sich anschaut (*Landesrat Mag. Drexler*: „*Sie reden irgendwas daher, es ist unglaublich.*“) was bis dato, ja, das hat er gemacht, nein, er hat bei einem Interview, wo es um seine Wiederkandidatur gegangen ist auch erwähnt, dass es auch zukünftig eine Spitalsreform geben wird. Er hat eh nicht dazu gesagt, wie sie aussieht. Da wäre ja das Interessante gewesen. Aber wenn ich mir anschau, was bis dato im Gesundheitswesen passiert ist – jetzt abgesehen einmal von Schließungen – dann sehe ich Personalmangel und immer schwierigere Arbeitsbedingungen, dann sehe ich Probleme im Zusammenhang mit dem Arbeitszeitgesetz, dann sehe ich Versuche, Spitäler zu privatisieren, etc. etc. und es wäre ganz interessant, nicht nur für uns von der Opposition, Herr Landeshauptmann, sondern vor allem für die Steirer und Steirerinnen draußen, was meinen Sie denn mit dieser Spitalsreform, die dann auf uns zukommen wird? Das ist die Frage, die wir eigentlich gern vor der Wahl geklärt hätten. Wann werden wir es erfahren, nach der Wahl? Was passiert mit den unbeantworteten Anfragen, mit den Anträgen, die in den Unterausschüssen liegen? Was passiert zum Beispiel mit der Frauen- und Gleichstellungsstrategie? Mit großem Pipapo angekündigt, bis dato hat kein einziger Antrag in diese Richtung den Weg in einen Ausschuss gefunden. Jetzt werden wir hier heute alle beruhigt, es wird weiter gearbeitet. Wurde uns jetzt mehrmals gesagt. Wir brauchen uns keine Sorgen machen. Die Unterausschüsse laufen weiter. Die Landtagssitzungen laufen weiter. Ja, Entschuldigung, dann frage ich mich ja doppelt und dreifach: Was hat Sie denn bis jetzt daran gehindert, sozusagen diese Fristen einzuhalten und gleich weiter zu arbeiten? Wo liegt denn das Problem? Ich kann es Ihnen schon sagen, wo es liegt und jetzt komme ich zu dem Budget, lieber Hannes. Weil du vorher wissen wolltest, warum ich das so genau weiß. Als größter Wurf dieser sogenannten Reformpartnerschaft in dieser Periode, wurde ja gerne das Landesbudget 2015 gefeiert. Allerdings gibt es massive Zweifel nicht nur von uns, sondern auch von anderen mittlerweile, an der Seriosität dieses Budgets und es gibt einige die vermuten, (*LTAvg. Schwarz*: „*Wer?*“) dass das Budget ohne Neuverschuldung nicht halten und damit auch das zentrale Wahlversprechen der sogenannten Reformpartner gebrochen wird. (*LTAvg. Schwarz*: „*Wer sagt das? KPÖ-Experten*) Ja, wir werden es nach der Wahl erfahren, ob es gelungen ist oder nicht? Aber interessant ist Folgendes: Sowohl du, als auch die Kollegin Eibinger, aber vor allem als erstes habe ich es gehört, beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, nämlich am 05. März bei seiner Pressekonferenz, hat er Folgendes gesagt, da hat er die vorgezogene Wahl angekündigt und erklärt, warum schon vor dem Sommer gewählt werden soll und ich zitiere: „...damit wir kein

teures Budgetprovisorium brauchen“. Das finde ich jetzt aber schon spannend, denn ein Budget ein teures, habe ich neues gesagt, ein teures, Entschuldigung, (*LTAbg. Riener: „Teures, das hat er gesagt.“*) na, er hat gesagt „teures“, ich korrigiere mich selbst und zitiere: „damit wir kein teures Budgetprovisorium brauchen“. So jetzt würde mich aber schon interessieren, Budgetprovisorium heißt ja, dass wir das Budget des heurigen Jahres fortschreiben würden oder? Da sind wir uns einig. (*Landesrätin Dr. Vollath: „Aber in welcher Form ist nicht festgelegt.“*) Jetzt verstehe ich aber nicht, Sie haben das ja alle total bejubelt, wie super das ist und jetzt können wir es nicht weiter fortschreiben? Weil sowohl Schwarz, Eibinger und auch Schützenhöfer sagen, ja das käme zu teuer? Entschuldigung, wenn ich eins und eins zusammenzählen kann, dann weiß ich aber auch, was das bedeutet. Nämlich dass dieses Budget nicht halten wird und dass im Herbst ein neues Kürzungspaket passieren wird. (*Allgemeine Unruhe bei SPÖ und ÖVP*). Davon kann man ausgehen. (*LTAbg. Riener: „Das nennt man Konstruktivismus“*) Wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPÖ und ÖVP, die Leute können sich auf Sie verlassen in einem Punkt, nämlich, dass sie nach der Wahl wieder kräftig zahlen müssen. Denn denken wir einmal zurück, an den letzten Wahlkampf. Da wurde gesprochen von Arbeit und Gemeinschaft, einer Stärkung der Familie, da war die Rede von einer Steiermark in sozialer Harmonie und was war nach der Wahl? Nach der Wahl wurde auf Kosten der sozialen Harmonie und den Familien ein Kürzungspaket nach dem anderen geschnürt. Der Kollege Schwarz hat vorhin aufgezählt, was die Reformpartnerschaft alles Positives gemacht hat. Ich darf ihnen auch was aufzählen, was die Reformpartnerschaft unter Anführungszeichen dieser Periode gemacht hat. Sie hat die Wohnbeihilfe gekürzt (*LTAbg. Schwarz: „Erhöht, und wieder erhöht.“*) und die Mindestsicherung. Die kleinen Reparaturen gleichen aber wie wir wissen, die Kürzungen nicht zur Gänze aus. Sie hat den Kinderzuschuss für Familien mit kleinem Einkommen gestrichen, sie hat die Sozial- und Lernbetreuung für 1500 steirische Kinder gestrichen, sie hat 2011 wieder eingeführt die Kindergartengebühren, sie hat Kindern und Jugendlichen mit Behinderung die Entwicklungsförderung ersatzlos gestrichen, sie hat den Regress zuerst wieder eingeführt und erst auf großen Druck der Bevölkerung wieder abgeschafft und sie stehen heute hier mit der Tatsache, dass es in der Steiermark laut Volkshilfe 45.000 Kinder gibt, die in Armut leben oder unter der Armutsgrenze leben, 60.000 Steirer und Steirerinnen sind arbeitslos, 60 bis 80.000 Steirer und Steirerinnen sind direkt oder indirekt von der Spielsucht betroffen. Nach meinem Verständnis sind das Zahlen, die schon alleine für sich stehend erschreckend sind, aber wenn man das alles zusammen nimmt und sich vor Augen

führt, dass das im Moment die derzeitige Situation ist, in der wir in der Steiermark leben, dann müssten doch überall die Alarmglocken läuten. Sie aber feiern sich selbst ab, damit eigentlich, dass sie Arbeitsplätze eingespart haben, wie etwa bei der Betreuung im Behindertenbereich, sie feiern sich selbst für ein skandalöses Glückspielgesetz ab und das noch viel viel mehr Menschen in den Ruin da rein treibt, davon bin ich überzeugt, und sie feiern sich für die Abschaffung wichtiger Leistungen für Kinder – lassen Sie sich auch feiern, für Kinder, die die Hilfe der Gesellschaft besonders dringend brauchen würden. Das ist das Resümee, das man hier und heute auch ziehen muss. Sie können nicht die Augen zu machen und sagen, das haben wir nicht gemacht. (*LTA*bg. Karl Lackner: „Das tun wir ja gar nicht.“) Sie hoffen darauf, sie hoffen darauf, ja, Karl du bist eh einer der wenigen, denen ich das wirklich glaube, Sie hoffen darauf, dass die Menschen das aber alles bis zur Wahl wieder vergessen haben, aber sie werden es nicht vergessen, sie können es nämlich gar nicht vergessen, denn sie spüren diese enormen Belastungen ja tagtäglich und da kommt noch etwas dazu, die automatische Gebührenerhöhung in den Gemeinden – ein Landesgesetz, die erhöhte Parteiförderung auf Gemeindekosten – ein Landesgesetz, die Erhöhung der Gehälter der GemeindefunktionärInnen – ein Landesgesetz. Das kommt auch alles noch auf die Menschen in der Steiermark zu, die ständig steigenden Verbundtarife und die Preispolitik des landeseigenen Energieunternehmens, die millionenschweren Beratungsverträge. Sie haben alles getan, meine sehr verehrten Damen und Herren von SPÖ und ÖVP, Sie haben alles getan, um die von Ihnen angehäuften Schulden auf die kleinen Leute abzuwälzen, die sich in Wahrheit gegen so etwas nicht wehren können. In Ihre eigene Geldtasche, da haben Sie nicht hineingegriffen auch nicht in Ihre Parteikassen und auch nicht in die Geldtaschen Ihrer Freunde und Freundinnen in zahlreichen Beratungsunternehmen. Wir haben hier in diesem Haus wiederholt den Antrag eingebracht, die Gehälter der Landespolitik um 30 % zu kürzen. Für uns selbst, das wissen Sie alle, da gelten viel niedrigere Grenzen und wir leiden auch keinen Hunger oder machen deshalb unsere Arbeit nicht ordnungsgemäß. Das wäre ein schönes Signal gewesen in dieser Periode das zu tun, um der Bevölkerung zu zeigen, ja, wir sparen, aber wir sparen bei uns selbst. Aber alle haben immer wieder konsequent gegen diesen Vorschlag gestimmt. Weil die Kollegin Eibinger vorhin auch erwähnt hat, wir können ja kein Geld verteilen, das wir nicht haben. Ja, die zentrale Frage muss doch sein: Warum haben wir dieses Geld nicht und wo ist denn dieses Geld hin verschwunden? Geld löst sich nämlich nicht in Luft auf. Es wechselt immer nur den Besitzer und solange milliarden schwere Banken und Rettungspakete geschnürt werden, ist das Geld halt dort, wo es meiner Meinung

nach nicht sein soll. Es ist nämlich nicht bei den Menschen, die das brauchen. Es fragen sich viele Menschen, warum die Wahlen in der Steiermark vorgezogen werden? Wenn dem nun so ist, weil die Auflösung wird ja heute beschlossen, dann wird sich eben früher zeigen, ob die Steirer und Steirerinnen mit dieser Politik einverstanden sind. Mein Abschlusssatz, Herr Präsident, wir fürchten uns ganz sicher nicht vor diesen Wahlen, denn wann immer sie auch kommen, denn wir haben in dieser Periode das gemacht, wofür man uns gewählt hat, wir haben uns für die Interessen der Bevölkerung eingesetzt, während Sie die Interessen Ihrer Parteifreunde, die der Banken und die der Reichen sehr gut vertreten haben. Für uns gilt auch dieses Mal, was wir vor der Wahl versprechen, das werden wir auch nach der Wahl halten. Wir werden für die Menschen da sein, weil auf uns ist Verlass. Dankeschön. *(Beifall bei der KPÖ – 11.01 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke auch für diese Wortmeldung. Danke insgesamt für die Wortmeldungen, meine Damen und Herren. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor, daher komme ich zur Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt 1 und ich bitte alle die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Tagesordnungspunkt 1 die Zustimmung geben, um ein deutlichen Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP, der FPÖ, der Grünen. Dagegen gestimmt hat die KPÖ. Danke.

Damit meine sehr geehrten Damen und Herren ist dieser Punkt abgeschlossen. Damit ist auch die Tagesordnung dieser Sondersitzung erschöpft und ich möchte aufgrund der laufenden Terminplanung die nächste Tagung für den 21. April ankündigen.

Zu dieser Sitzung wird verbindlich auf schriftlichem das heißt elektronischem Weg eingeladen.

Danke Ihnen. Die Sitzung ist beendet. *(11.02 Uhr)*